

Wahlprüfsteine des LSQpRT Sachsen-Anhalt

Bildung

1. LSBTIAQ*-Inhalte in Schule & Lehrplänen

Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass LSBTIAQ*-Lebensrealitäten verbindlich, altersgerecht und diskriminierungssensibel in die Lehr- und Bildungspläne aller Schulformen integriert werden und bestehende Bildungs- und Präventionsangebote langfristig finanziell abgesichert bleiben?

Als FDP wollen wir den Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt ein weltoffenes und tolerantes Weltbild vermitteln, welches allen voran die Werte der Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und der Chancengerechtigkeit in den Fokus stellt. Es gilt, verschiedene Lebensrealitäten abzubilden und Diskriminierung entgegenzustehen. Sollte es hierbei erkennbare Defizite in den Lehrplänen geben, werden wir diese in der nächsten Legislatur adressieren. Wir setzen aber auch auf unterrichtsergänzende Angebote im Rahmen von Projektwochen und anderen Veranstaltungen, die die Schulen im Rahmen ihrer Eigenverantwortung durchführen können. Mittel hierfür wollen wir allen Schulen über das Modell der einheitlichen Schülerkostensätze zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen.

2. Qualifizierung von pädagogischem Personal

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um sicherzustellen, dass Lehrkräfte und pädagogisches Personal verpflichtend und kontinuierlich in den Themen LSBTIAQ*, Antidiskriminierung und gendersensible Pädagogik aus- und weitergebildet werden und entsprechende Fortbildungsangebote dauerhaft gesichert sind?

Die FDP will den Fortbildungskatalog für Lehrkräfte entlang aller relevanten modernen Lehrkompetenzen systematisch ausbauen. Hierzu zählt aus unserer Sicht auch der sensible Umgang mit Themen geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht.

3. Chancengleichheit im Bildungssystem

Die Bildungschancen queerer Kinder und Jugendlicher können durch erfahrene Diskriminierung oder die Angst vor Diskriminierung beeinträchtigt werden. Viele junge Menschen sehen sich dadurch gezwungen, zusätzliche Bewältigungsstrategien zu entwickeln, was ihre schulische und persönliche Entwicklung belasten kann. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken und Chancengleichheit für queere Kinder und Jugendliche im Bildungssystem zu fördern?

Bildungschancen von Kindern dürfen durch ihre Identitäten nicht benachteiligt werden. Wir als FDP setzen uns für Personalvielfalt in der Schule ein, um die diversen Aufgaben hinsichtlich der Belange aller Schüler bewältigen zu können. Schulen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, über den einheitlichen Schülerkostensatz z.B. auch Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für besondere

Belange der geschlechtlichen Vielfalt oder Personal zur Verhinderung von Diskriminierung einzustellen. Konsequenzen für diskriminierendes Verhalten sollen aber nicht am Schultor enden. Wo explizit gegen rechtsstaatliche Prinzipien und die Menschenwürde verstoßen wird, soll der Staat in der Lage sein, schnell tätig zu werden.

Regenbogenfamilien stärken:

1. Queersensible Jugendarbeit

Setzt sich Ihre Partei für die Stärkung von Regenbogenfamilien ein, und damit auch für queersensible Jugendarbeit? Wie wollen Sie verlässliche Schutzräume, Teilhabemöglichkeiten und queersensible Alltagsstrukturen schaffen, insbesondere Schutzkonzepte in allen Einrichtungen der Jugendhilfe.

Als FDP positionieren wir uns klar gegen jede Form von Diskriminierung. Regenbogenfamilien sind für uns ebenso wertvoll, wie andere gelebte Familienmodelle. Wir grenzen uns klar davon ab, Familienmodelle politisch vorzuschreiben und zu bewerten.

Die Jugendarbeit muss in unseren Augen stets wertneutral erfolgen. Diskriminierung, extremistische Positionen und Intoleranz haben auch hier aus unserer Sicht keinen Platz. Dies inkludiert auch die queersensible Jugendarbeit. Die konkrete Ausgestaltung der Konzepte liegt richtigerweise bei den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe.

2. Landesrecht

Wie soll eine landesgesetzliche Regelung erfolgen, die Regenbogenfamilien sichtbarer macht, einschließlich der Aufnahme vielfältiger Familienformen in Landesregelungen und Angeboten der Familienhilfe und -beratungen?

Für uns als FDP stehen Familien dort im Mittelpunkt, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander und für Kinder übernehmen. Grundlegend dürfen keine staatlichen Leistungen aufgrund der familiären Situation und der Zusammensetzung der Familie ausgeschlossen werden. Deshalb sollen Familienhilfe und Familienberatung diskriminierungsfrei ausgestaltet sein und allen Familien gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Demokratie und Gleichstellung:

1. Queere Community stärken

Wie wollen Sie die queere Community und ihre vielfältigen Angebote zukünftig unterstützen? Wie soll eine auskömmliche finanzielle und strukturelle Unterstützung aussehen? Wie stehen Sie zu den zwei Landeskoordinierungsstellen?

Wir als FDP wollen auch weiterhin den Austausch zwischen Politik und der queeren Community fortführen, wie es bereits in der 8. Wahlperiode, bspw. durch den LSQPRT, geschehen ist. Dies ist aus unserer Sicht wichtig, um auch diese Perspektiven in den politischen Alltag mit aufzunehmen.

Grundlegend müssen alle Angebote auf ihre Sinnhaftigkeit und ihren Mehrwert überprüft werden. Dabei sind schlanke Strukturen zu präferieren.

2. Schutz queerer Menschen

Wie wollen Sie die queere Community vor den immer stärker werdenden Angriffen von Rechts schützen? Insbesondere wie stehen Sie zur Einordnung von CSDs als politische Versammlung und deren Schutz?

Jeder Mensch muss seine Grundrechte frei und ohne Angst vor Gewalt wahrnehmen können. Das gilt selbstverständlich auch für queere Menschen und für Veranstaltungen wie Christopher Street Days. Wo Straftaten, Bedrohungen oder Einschüchterungsversuche stattfinden, muss der Rechtsstaat konsequent handeln. Gewalt und Hass – unabhängig davon, von wem sie ausgehen – dürfen in einer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz haben.

Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut unseres Grundgesetzes. Veranstaltungen wie CSDs genießen den Schutz aus Art. 8 GG. Es ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden, rechtmäßige Versammlungen zu schützen und deren friedliche Durchführung zu gewährleisten. Dabei muss der Staat politisch neutral handeln und allen Versammlungen denselben rechtsstaatlichen Schutz gewähren.

Unser Fokus liegt auf einer leistungsfähigen Polizei, einer konsequenten Strafverfolgung und der Durchsetzung des Rechts – nicht auf einer Unterscheidung danach, welche gesellschaftliche Gruppe betroffen ist. Jeder Angriff auf Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ist ebenso inakzeptabel wie jede andere Form politisch motivierter Gewalt.

3. Einbindung der queeren Community

Wie will Ihre Partei die queere Community in politische Meinungsbildungsprozesse einbinden? Soll der fortgeschriebene Aktionsplan, jetzt Landesprogramm „Queer in Sachsen-Anhalt“ umgesetzt, weiter fortgeschrieben und ausgebaut werden? Welchen finanziellen Spielraum sehen Sie jetzt und zukünftig für die Umsetzung?

Die Weiterentwicklung des Landesprogramms "Queer in Sachsen-Anhalt" wollen wir weiterführen. Klar ist für uns als FDP, dass die darin aufgeführten und umgesetzten Maßnahmen evaluiert und anhand der Ergebnisse gemessen werden müssen.

Die Erhöhung der finanziellen Mittel ist aktuell schwierig aufgrund der aktuellen Finanzsituation des Landes.

4. Art 3 GG

Verfolgt Ihre Partei weiterhin das Ziel sexuelle und geschlechtliche Identität in den Schutzbereich des Grundgesetzes durch eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz aufzunehmen?

Wir als FDP stehen für den konsequenten Schutz aller Menschen vor Diskriminierung und für die Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Das Selbstbestimmungsgesetz und die bestehenden Antidiskriminierungsvorschriften sind dabei wichtige rechtliche Grundlagen. Eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes ist im Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt jedoch nicht

vorgesehen. Unser Schwerpunkt liegt auf der konsequenten Anwendung und Durchsetzung bestehender Grund- und Freiheitsrechte für alle Menschen.

Gesundheit:

1. Auskömmliche Finanzierung und Weiterentwicklung der HIV/STI-Prävention und sexuellen Bildung

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass die Aidshilfen in Sachsen-Anhalt auch künftig dauerhaft auskömmlich finanziert und strukturell weiterentwickelt werden, insbesondere mit Blick auf niedrigschwellige HIV- und STI-Prävention, sexuelle Bildung sowie Test- und Beratungsangebote im ländlichen Raum? Wie soll dabei gewährleistet werden, dass auch spezifische Zielgruppen, insbesondere Menschen in der Sexarbeit, adäquat erreicht und versorgt werden können?

HIV/STI-Prävention hat vielseitige Facetten. Hierzu gehören auch Tests und Beratungsangebote. Grundlegend wollen wir die Versorgungssituation regelmäßig evaluieren, um bei Bedarf gegensteuern zu können. Wichtig ist für uns als FDP, dass dies stets evidenzbasiert stattfindet.

2. Psychische Gesundheit und Unterstützung queerer Menschen

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die psychosoziale und mentale Gesundheitsversorgung für queere Menschen zu stärken und bestehende Communitybasierte Beratungs- und Unterstützungsangebote dauerhaft finanziell und strukturell abzusichern, um eine bedarfsgerechte Versorgung bei psychischen und psychosozialen Belastungen sicherzustellen?

Für uns als FDP ist die psychische Gesundheit ein wichtiges Thema, welches zunehmend an Bedeutung gewinnt. Dies gilt für jede Personengruppe unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität oder Orientierung.

Die Stärkung der psychotherapeutischen Angebote wollen wir, bspw. durch digitale Sprechstunden, stärken. Damit kann die psychotherapeutische Versorgung generell, aber gerade auch im ländlichen Raum, gewährleistet werden.

Recht auf Selbstbestimmung:

1. TIN* Rechte in Bildung und Verwaltung

Wie will Ihre Partei Regelungen zum Selbstbestimmungsgesetz so im Landesrecht umsetzen, dass TIN*Personen ausreichend vor Diskriminierung geschützt und vollumfänglich anerkannt werden? Wird es tin*sensible Schutzkonzepte in allen Bildungseinrichtungen geben?

Das Selbstbestimmungsgesetz ist geltendes Bundesrecht und muss von den Landesbehörden rechtssicher, diskriminierungsfrei und unbürokratisch umgesetzt werden. Für uns gilt: Jeder Mensch verdient einen respektvollen Umgang und die gleiche Behandlung durch staatliche Stellen.

Bildungseinrichtungen sollen Orte sein, an denen niemand aufgrund seiner geschlechtlichen Identität diskriminiert wird. Bestehende Konzepte zum Schutz vor Mobbing und Diskriminierung sollten alle

Schülerinnen und Schüler einschließen. Wir als FDP setzen dabei auf die Eigenverantwortung der Schulen, pädagogische Konzepte vor Ort und die Qualifizierung der Lehrkräfte statt auf zusätzliche starre landesweite Vorgaben.

2. Beratungsstrukturen für TIN*Personen

Stellt Ihre Partei die finanziellen und strukturellen Ressourcen zur Verfügung, um TIN*Personen flächendeckend Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung zu stellen? Wie soll in strukturschwachen Regionen ein auskömmliches Angebot gesichert werden?

Als FDP wollen wir die strukturschwachen Regionen mit Hilfe von digitalen und mobilen Beratungs- und Begleitangeboten stärken. Hiervon profitiert gerade auch der ländliche Raum. Grundsätzlich müssen Beratungsangebote auf ihre Sinnhaftigkeit und ihren Mehrwert überprüft werden. Entsprechend der Ergebnisse müssen mögliche Defizite angepasst werden.